



#dieschmidt

der newsletter

15.05.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

nach langen Verhandlungen und vielen Blockaden durch die Union wurde die Grundrente heute endlich in den Bundestag eingebracht. Gerade in dieser angespannten Zeit brauchen wir einen verlässlichen Sozialstaat. Die gesetzliche Rente ist für viele Menschen im Alter die Haupteinkommensquelle. Dafür haben sie jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge eingezahlt. Viele von ihnen haben Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt. Dennoch sind viele im Alter auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen. Das ist ungerecht. Deswegen stärken wir den sozialen Ausgleich und sagen klar: Eure lebenslange Leistung wird auch angemessen gewürdigt. Insgesamt 1,3 Millionen Menschen werden die Grundrente bekommen. Wir als SPD wollen, dass die Grundrente noch vor der Sommerpause verabschiedet wird, damit sie am 01. Januar 2021 in Kraft treten kann.

Das beste Gesetz bringt nichts, wenn es nicht vor Ort umgesetzt und kontrolliert wird. Das zeigen die aktuellen Nachrichten aus der Fleischindustrie. Es ist gut, dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil dazu in der aktuellen Stunde am Mittwoch Klartext gesprochen hat: „Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, [...] sind arbeitende Menschen, die ein Recht darauf haben, Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz zu erfahren, wie alle anderen Menschen in dieser Gesellschaft auch, egal wo sie herkommen. Das ist nicht verhandelbar, und das darf nicht weiter verhandelbar sein.“ ([hier geht es zu seiner Rede](#)). Es gibt viele anständige Unternehmen – auch in der Fleischwirtschaft. Diejenigen aber, die sich nicht an bestehende Arbeitsschutzregeln halten, dürfen wir nicht aus ihrer unternehmerischen Verantwortung entlassen. Deswegen ist es wichtig, dass wir auf bestehende Regeln aufbauen, sie ausweiten und ihre Umsetzung kontrollieren.

Es ist gut, dass die SPD bereits in der letzten Sitzungswoche den von Gesundheitsminister Jens Spahn geplanten Immunitätsausweis verhindern konnte. Einen solchen Ausweis und eine dadurch zu befürchtende Spaltung der Gesellschaft wird es mit uns nicht geben. Da mich in den letzten Tagen und Wochen vermehrt Anfragen dazu erreicht haben, die auf Fehlinformationen beruhen, möchte ich an dieser Stelle auf ein Angebot der SPD hinweisen: Im Faktenfunk auf Telegram ([hier](#)) und auf spd.de ([hier](#)), werden Argumente und Faktenchecks zu aktuell im Netz kursierenden Falschmeldungen geliefert. Insbesondere aus dem politisch rechten Spektrum werden Verschwörungstheorien genutzt, um Menschen zu verunsichern und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt zu destabilisieren. Es ist wichtig, dass wir Verschwörungstheorien nicht unwidersprochen lassen. Gerade in Zeiten wie diesen – voller Anspannungen und Unsicherheiten – sind alle Demokratinnen und Demokraten gefordert, tolerant und respektvoll miteinander umzugehen, statt Vorurteile und Ängste zu schüren. In einer demokratischen Gesellschaft müssen wir auf Dialog und Lösungen setzen, die die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen. In diesem Sinn wünsche ich insbesondere den Menschen in Haiger, wo heute Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten marschieren, einen friedlichen Tag. Für die Online-Demo des Bündnisses „Haiger gegen Rechts“ habe ich eine Videobotschaft ([hier](#)) aufgenommen.

Ich verlose diese Woche zum 6. Mal drei Gutscheine aus der Region: Diesmal für eine beliebte Kellerkneipe aus meinem Betreuungswahlkreis Gießen. Das Sowieso kenne ich noch aus meiner Zeit als Studentin in Gießen – da habe ich das eine oder andere Baguette gegessen und dabei Fußball geguckt. Es bleibt wie gehabt: Wer jemandem eine besondere Freude bereiten möchte, kann den Namen dieser Person bis Sonntag 20.00 unter das Video ([hier geht es zum Video von dieser Woche auf Facebook oder Instagram](#)) posten. Anfang nächster Woche startet die nächste Verlosungsrunde. Ich freue mich auf eine rege Teilnahme und wie immer in den sozialen Medien gilt: Es darf gerne geteilt und geliked werden.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Höheres Kurzarbeitergeld, längeres Arbeitslosengeld, Unterstützung für Familien mit kleinem Budget: Der Bundestag hat das Sozialschutzpaket II beschlossen, an dem ich als zuständige Berichterstatterin mitgewirkt habe. Das Gesetz sieht wichtige Hilfen vor, um soziale Auswirkungen der Corona-Pandemie zu begrenzen. Das Kurzarbeitergeld ist ein sehr wirkungsvolles Instrument, um Arbeitsplätze zu sichern und Brücken über die Zeit der Krise zu bauen. Für die Beschäftigten bedeutet das, dass sie ihren Job behalten. Es bedeutet aber bislang auch, dass sie auf bis zu 40 Prozent ihres Lohns verzichten. Über mehrere Monate hinweg mit erheblichen Lohneinbußen zurechtzukommen, ist für viele aber nur schwer möglich. [...weiterlesen](#)

Für Eltern und ihre Kinder



Familien mit Kindern im Kita- oder Schulalter müssen in der Corona-Krise besonders viel schultern. Eltern kommen an ihre Belastungsgrenzen – auch finanziell. Darauf haben wir mit verschiedenen Maßnahmen reagiert: mit der heute beschlossenen Ausweitung des Kurzarbeitergeldes oder mit den letzte Woche beschlossenen Verbesserungen beim Elterngeld. Auch mit dem bereits im März verabschiedeten Notfall-Kinderzuschlag und dem Anspruch auf Entschädigungszahlungen bei Freistellung wegen Kinderbetreuung, haben wir ein Netz gespannt, um Eltern vor allzu großen finanziellen Belastungen zu schützen. Zurzeit ist die Entschädigungszahlung auf sechs Wochen begrenzt. Für uns als SPD ist klar: Der Zeitraum muss ausgeweitet werden. Denn auch wenn an vielen Stellen die Notbetreuung für Kinder ausgeweitet wird oder Kinder wieder langsam in Schule und Kindergarten zurückkehren, bleiben die Herausforderungen für die Eltern bestehen. [...weiterlesen](#)

Für den Gesundheitssektor



Die Beschäftigten in der Altenpflege sind derzeit besonderen Belastungen ausgesetzt – Infektionen im Seniorenheim stellen eine besondere Herausforderung dar, Besuchsbeschränkungen treffen die Bewohnerinnen und Bewohner besonders hart. Mit einer Sonderzahlung in Höhe von 1.000 Euro bedanken wir uns bei allen, die in der Altenpflege beschäftigt sind. Jetzt ist auch die hessische Landesregierung gefragt – denn Länder und Arbeitgeber können auf bis zu 1.500€ aufstocken. Klar ist: wir brauchen langfristig gute Arbeitsbedingungen in der Pflege. Die SPD-Fraktion hat dazu bereits im September 2019 ein Positionspapier verabschiedet ([hier als PDF](#)). Denn wer zu normalen Zeiten schon bis zur Belastungsgrenze gespannt ist, kann in Krisenzeiten nicht zu Hochleistung auffahren.

Für pflegende Angehörige



Drei von vier Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Ihre Angehörigen leisten Herausragendes für die Pflegebedürftigen und unsere Gesellschaft insgesamt. Von den Auswirkungen der aktuellen Corona-Pandemie sind sie besonders betroffen. Um pflegende Angehörige in dieser Zeit zu unterstützen, haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtige Verbesserungen bereits bestehender Instrumente erreicht: Das Pflegeunterstützungsgeld kann nun für bis zu zwanzig Arbeitstage pro Pflegebedürftigen in Anspruch genommen werden. Für die Anündigung von Pflegezeit und Familienpflegezeit wird eine einheitliche Ankündigungsfrist von zehn Arbeitstagen gelten. Wird oder wurde eine Freistellung in der Vergangenheit für einen kürzeren Zeitraum in Anspruch genommen, kann der verbleibende Zeitraum auch zu einem späteren Zeitpunkt genommen werden. Bei der Familienpflegezeit haben wir dafür gesorgt, dass ein vorübergehendes Unterschreiten der wöchentlichen Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden möglich ist. Und bei Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1 kann der Entlastungsbetrag von 125 Euro monatlich flexibler eingesetzt werden.

Für die internationale Solidarität



In einer aktuellen Stunde hat der Bundestag heute über die internationalen Auswirkungen der Corona-Pandemie gesprochen. Wie Außenminister Heiko Maas ([hier geht es zu seiner Rede](#)) heute richtig festgestellt hat, entwickelt sich die Corona-Pandemie immer mehr zu einer weltweiten humanitären Krise. Daher ist es wichtig, die Vereinten Nationen, allen voran die unterfinanzierte Weltgesundheitsorganisation (WHO), zu stärken – zum Beispiel bei der Entwicklung und Verteilung von Tests und Impfstoffen. Wir sehen aber auch, wie die Corona-Krise autoritäre Regime befördert – mit vielfach dramatischen Folgen für die Menschen. Auch in Europa erleben wir, wie Notstandsmaßnahmen, dazu genutzt werden, um den Rechtsstaat zu beschneiden. Es ist gut, dass die EU-Kommission ein Monitoring aller Notstandsmaßnahmen eingeführt hat: Denn alle Staaten haben die Pflicht ihre Bevölkerung zu schützen – auch unter vorübergehender Einschränkung von Menschenrechten. Wichtig ist aber: Die Maßnahmen müssen verhältnismäßig sein und vor allem dürfen sie nur vorübergehend sein. Darauf werden wir auch während der anstehenden EU-Ratspräsidentschaft achten.